

Soziale Demokratie und Fortschritt

Von Ernst Ulrich von Weizsäcker

Einleitung und Zusammenfassung

Historiker haben sich immer wieder mit der Frage der Wahrnehmung des Fortschritts beschäftigt. Ich resümiere im Folgenden, was Berufenere zu dem Thema gesagt haben und erhebe hierbei keinerlei Anspruch auf Originalität oder auch nur auf Gültigkeit meiner Darstellungsweise. Meine eigene Erfahrung bezieht sich hauptsächlich auf die jüngste Geschichte nach 1970.

Klar ist, dass die moderne Bewegung der Sozialen Demokratie im 19. Jahrhundert ein fast einhellig positives Verhältnis zum Fortschritt hatte. Sie empfanden sich geradezu als Bannerträger des Fortschritts gegenüber den „Konservativen“. Mit Fortschritt war insbesondere der soziale Fortschritt gemeint. Technischer Fortschritt wurde zwiespältig wahrgenommen. Soweit er die Waren des täglichen Bedarfs billiger verfügbar machte, fand er Zustimmung. Aber die Arbeitsbedingungen in den Fabriken, die Symbole des technischen Fortschritts waren, waren so deprimierend, dass es auch weit verbreitete Technik-Gegnerschaft in der Arbeiterklasse gab.

Kern des sozialen Fortschritts waren die heute noch geltenden Grundwerte der Sozialdemokratie: Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität.

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es der politisch konservativen Seite zunehmend, im Bündnis mit der Wirtschaft und der wissenschaftlichen Ökonomie, den Fortschrittsbegriff auf den technischen Fortschritt einzuengen, unter der stillschweigenden Annahme, dass technischer Fortschritt allen zu Gute komme. In der Mangelsituation der Nachkriegszeit war diese Annahme gar nicht falsch. Daraus erklärt sich gewiss auch die breite Bevölkerungszustimmung zur „Wirtschaftswunder-CDU“ in jener Zeit.

Als dann aber eine gewisse Sättigung auf den Gütermärkten erreicht war, verschob sich der technische Fortschritt zunehmend auf das Wegrationalisieren von Arbeit sowie auf die Befriedigung von Luxuswünschen. Beides konnte den Vertretern der Arbeit und damit der Mehrheit der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht gefallen. Es entstand alsbald eine neue Frontlinie, bei welcher insbesondere die Gewerkschaften, die das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen bremsen wollten, in die Ecke der Fortschrittsverhinderer gedrängt wurden.

Die Globalisierung hat zudem den technischen Fortschritt der weltweiten Produktionsketten stark beschleunigt, welcher den Verlust von Industrie-Arbeitsplätzen in den klassischen Industrieländern zusätzlich beschleunigte. Zugleich haben die internationalen Finanzmärkte durch einen konzessionslosen Renditedruck den Spielraum der Demokratie für einen sozialen Ausgleich stark vermindert, was zu einer neuartigen breiten Front von „Globalisierungsgegnern“ geführt hat. Das ist die heutige Lage, in welcher es sehr berechtigt ist, von neuem nach dem Verhältnis von Sozialer Demokratie und Fortschritt zu fragen. Der vorliegende Aufsatz will auch hierzu Orientierung anbieten.

Faschismus, Soziale Marktwirtschaft, Keynesianismus

Die Welt kam nicht zur Ruhe nach dem Ende des Ersten Weltkrieges¹. Vergeblich versuchten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, den verhängnisvollen Weg in den Faschismus-Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg zu verhindern. Dieses finsterste Kapitel deutscher Geschichte wurde von ihnen und wird heute von allen Menschen als böser Rückschritt angesehen. Nach 1945 entwickelte sich ein breiter Konsens über eine Friedensorientierung deutscher Politik und eine Betonung des wirtschaftlich-technischen Fortschritts. Die Aussöhnung mit Frankreich und anderen europäischen Ländern und die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wurden von einem breiten Bevölkerungskonsens unter Einschluss der Mehrheit der SPD getragen. Deutlich kritischer wurde die starke Bindung an die USA und die scharfe, teilweise auch militärisch geprägte Konfrontation mit der Sowjetunion gesehen.

Aus den Resten des *katholischen* Zentrums und der zumeist *evangelisch*-konservativen Deutschnationalen gründete sich nach 1945 die Christlich Demokratische *Union*. Dieser gelang es, sozialpolitisch das Gesetz des Handelns an sich zu ziehen. Zentrales Stichwort war die auf der katholischen Soziallehre fußende Soziale Marktwirtschaft, für welche heute zumeist Ludwig Erhard als zentrale Figur angesehen wird; das besteht allerdings zum Teil auf einem Missverständnis. Erhard wollte spürbar mehr Marktwirtschaft und weniger Soziales, während der Bundeskanzler Konrad Adenauer, seiner Kirche eng verbunden und stärker außenpolitisch orientiert, die soziale Komponente betonte. Dies hatte auch die Funktion, im Inland sowie im kommunistischen Ausland dafür zu werben, dass die freiheitliche Marktwirtschaft auch für die sozial Schwachen mehr zu bieten hatte als der Kommunismus. Adenauer war es auch, der innerhalb der langsam erstarkenden EWG die Soziale

¹ Der Fortschrittsbegriff hat bereits Wurzeln in früheren Jahrhunderten und hat im 19. Jahrhundert auch für die Arbeiterbewegung eine große Rolle gespielt, welche darzustellen aber nicht im Kompetenzbereich des Autors liegt. Daher setzt der Aufsatz bei den Entwicklungen im 20. Jahrhundert an.

Marktwirtschaft zu einem Grundpfeiler machte, was in der EWG der Sechs auf breite Zustimmung stieß.

Adenauers Stern verblasste in den 1960er Jahren. Der Wiederaufbau war geschafft und konnte nicht mehr als Richtungsgeber für den Fortschritt dienen. Zwar fand eine weitere dynamische Ausdehnung des Massenkonsums (Motorisierung, Eigenheimbau, Tourismus usw.) statt, aber zugleich erlebte das Land eine Identitätskrise, ausgelöst unter anderem durch die „Bildungskatastrophe“ (G. Picht): Nur etwa 6% des Altersjahrgangs gelangte zum Abitur und Studium, im Vergleich zu gut dreifach höheren Raten in den USA und anderen Ländern. Die SPD ergriff die Initiative in der Bildungspolitik und kam, zum ersten Mal seit Jahrzehnten, in die Regierungsverantwortung, zunächst 1966 in der Großen Koalition mit Willy Brandt als Vizekanzler, ab 1969 als Führungspartei der sozialliberalen Koalition.

In dieser Zeit identifizierte sich die Sozialdemokratie wieder mit dem technischen Fortschritt, und die Mehrheit der (west-)deutschen Intellektuellen neigten nun (zum ersten Mal in der deutschen Geschichte) zur SPD. Das war in der Hauptsache dem SPD-Engagement in der Bildungspolitik zu verdanken, aber Bildung und Forschung haben traditionell gemeinsame Träger und Befürworter. Allerdings war die Identifikation mit der Technik durchaus differenziert. Die dunklen Seiten der Technik und deren Missbrauch wurden thematisiert, unter anderem durch die ins breite Bewusstsein dringende Umweltbelastung. Stichwort für die neue differenzierte Sicht der Technik war die „Technikfolgenanalyse“. Der „Grenzen des Wachstums“-Bericht an den Club of Rome (1972) hatte eine breite Resonanz in politisch fortschrittlichen Kreisen.

In dieser Zeit, in welcher auch kleinere Wachstumsdellen zu verkraften waren, bildete sich, nicht nur in Deutschland, der Keynesianismus als tragende wirtschaftspolitische Doktrin aus: Wenn die Wirtschaft schwächelt, kann und soll der Staat durch „Deficit Spending“, durch Staatsausgaben auf Pump, gegensteuern, in der Erwartung, dass der nachfolgende Aufschwung Staatseinnahmen generiert, die den Haushalt wieder ausgleichen. Auch hierbei kam der Sozialdemokratie eine führende Rolle zu, etwa durch den Hamburger Ökonomiprofessor Karl Schiller, Wirtschaftsminister in den Kabinetten Kiesinger (CDU) und Brandt.

In jener Zeit entstand auch ein Gefühl für globalen politischen Fortschritt. Nachdem die Dekolonisierung der afrikanischen und mancher anderer Länder kein überzeugendes Anzeichen einer Überwindung der dortigen Armut mit sich brachte, entstand, nach US-amerikanischem Vorbild, eine

staatliche *Entwicklungshilfe*. Der Sozialdemokrat Erhard Eppler wurde zu einer Symbolfigur für diese neue Bewegung.

In den frühen 1970er Jahren konnte sich die SPD in dem Gefühl sonnen, den Fortschritt zu fördern und zu repräsentieren, den Frieden zu sichern (Willy Brandts Ostpolitik, für die er mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde), für Gerechtigkeit einzutreten (Bildung für alle, Entwicklungshilfe, Ausbau des Sozialstaats, Gleichberechtigung der Geschlechter), Wirtschaftsflauten elegant zu überwinden (Karl Schiller), und die Umwelt zu schonen (Willy Brandts zunächst utopisch erscheinendes Wort vom „blauen Himmel über der Ruhr“ wurde zum geflügelten Wort und dann zur Realität). In CDU-Kreisen herrschte Katerstimmung: Wie sollte man gegen diese Sonnenpartei der SPD jemals wieder eine Mehrheit bekommen?

Ölkrise, Stagflation und die neoliberale Revolution

Ende 1973 kam die erste Ölkrise. Der Weltmarktpreis für Öl wurde durch das OPEC-Kartell über Nacht vervierfacht. Die Wirtschaft erlitt einen Schock. Alles Deficit Spending half nichts. Erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte grassierte die Arbeitslosigkeit. Und die Staatsausgaben auf Pump heizten zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte die Inflation bedrohlich an. Da auch alle anderen Länder, außer den OPEC-Staaten, unter ähnlichen Krisensymptomen litten, konnte auch der deutsche Export die innere Flaute nicht kompensieren.

Die neue Situation erhielt einen neuen Namen: Stagflation, zusammengesetzt aus Stagnation und Inflation. Das Land wurde von einem Gefühl der Fortschrittslosigkeit erfasst. Nicht zuletzt die Arbeitnehmerschaft geriet in eine Orientierungskrise. Mit den Lohnzuwachssprüngen war es vorbei. Statt Erweiterungsinvestitionen wie bisher, dominierten bei den Betrieben nunmehr die Rationalisierungsinvestitionen. Beim technischen Fortschritt hieß das Motto auf einmal Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen. Man verfiel (übrigens im parteiübergreifenden Konsens) auf den Gedanken des vorzeitigen Ruhestandes für möglichst viele, um „den jungen Arbeitssuchenden Platz zu machen“: eine typische Nullsummenspiel-Strategie, die zugleich von Pessimismus zeugt.

Auch die Stimmung im Umweltschutz und in der Bildung schlug um. Kanzler Helmut Schmidt (SPD) verhängte 1975 einen Stopp neuer umweltpolitischer Belastungen. In der Schulpolitik rebellierten zahlreiche Eltern gegen den „Einheitsbrei“ der Gesamtschule und gegen inhaltliche Auswüchse wie die Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre in Hessen. An den Universitäten und in der Forschungslandschaft kam es zu einem Aufbegehren der Eliten gegen die weit verbreitete Mitbe-

stimmung („Drittelparität“ zwischen Lehrenden, Lernenden und Dienstleistern) und gegen den Zeitaufwand für Gremien und Bürokratie. Führende Intellektuelle wandten sich von der SPD, die sie als Ursache des Elends ansahen, ab und den konservativen Parteien zu.

In Großbritannien war die Krise noch manifester und wurde von der Öffentlichkeit stark mit der Übermacht und Arroganz der Gewerkschaften identifiziert. 1978 kam Margret Thatcher mit einem radikal neoliberalen Programm an die Macht. Sie gewann spektakuläre Auseinandersetzungen gegen die Gewerkschaften und setzte eine Politik der Steuersenkungen durch, die sie u.a. mit Privatisierungen von Staatsbetrieben finanzierte. Kurz nach Thatcher kam es in den USA zu einem konservativen Erdrutsch zugunsten des Republikaners und Filmschauspielers Ronald Reagan, den viele anfangs nicht ernst nahmen. Und weitere zwei Jahre später zerbrach die sozialliberale Koalition in Deutschland, nachdem die FDP unter Anleitung von Otto Graf Lambsdorff die Seiten wechselte.

In den Entwicklungsländern hatte sich während der 1970er Jahre, teilweise durch Bergbauinvestitionen in Erwartung fabelhafter, OPEC-ähnlicher Erlöse, eine hohe Verschuldung aufgebaut, die angesichts niedriger Zinsen zunächst noch unproblematisch schien. Als dann aber der neu berufene US-Notenbankpräsident Paul Volcker, ein Vorreiter der Reagan-Revolution, 1979 die Dollarzinsen auf nahezu 20% hochpeitschte, brach eine fast weltweite Schuldenkrise aus. Viele Länder waren de facto zahlungsunfähig. Weltbank, Internationaler Währungsfonds und die US-Notenbank einigten sich darauf, dass nur eine Ross- und Abmagerungskur den Entwicklungsländern helfen könne und machten die weitere Stundung von Krediten von brutal einschneidenden Sparmaßnahmen in den verschuldeten Ländern abhängig: der neoliberale „Washington-Konsens“. In vielen Ländern vornehmlich in Lateinamerika brach die Mittelschicht ein und erlebte eine nie gekannte Verelendung. In Lateinamerika heißen die 1980er Jahre heute offiziell „das verlorene Jahrzehnt“. Neokonservative und neoliberale Ideen hatten nahezu weltweit die Oberhand gewonnen, aber nach „Fortschritt“ sah der Machtwechsel überhaupt nicht aus!

Die Wende: Das Ende der Geschichte?

Dann kam die Wende. Die Sowjetunion war in den 1980er Jahren wesentlich geschwächt worden. Das hatte äußerlich zwei Gründe: Misswirtschaft und den von Ronald Reagan mit kühler Absicht beschleunigten Rüstungswettlauf. Hinzu kam ein Verfall der Glaubwürdigkeit der sozialistischen Ideologie und insbesondere ihrer Behauptung, der Kapitalismus sei prinzipiell ausbeuterisch und kriegerisch. Nach vier Jahrzehnten der Sozialen Marktwirtschaft im Westen und zwei Jahrzehnten

der Aussöhnungspolitik sowie der Friedensbewegung besonders in Deutschland konnte diese Behauptung insbesondere die junge Generation im Osten nicht mehr überzeugen.

In Ungarn, Polen, Rumänien und den baltischen Staaten regte sich Widerstand, schließlich brach das System 1989 auseinander. Es ist dem unbedingten Friedenswillen des damaligen sowjetischen Führers Michail Gorbatschow, aber auch manchen klugen Schritten von Ronald Reagan (in Reykjavik, 1988) und Helmut Kohl (im Kaukasus, 1989) zu danken, dass die Wende die Gestalt einer unblutigen Implosion des Sowjetimperiums annahm.

Nun herrschte Jubelstimmung und neuer Fortschrittsglaube kam auf. Der deutschen Einheit folgte wenige Jahre später die Osterweiterung der EU. Die Aktienmärkte gerieten in einen scheinbar nicht enden wollenden Boom. Der Kapitalismus hatte über den Kommunismus triumphiert und kostete den Sieg gewaltig aus. China und mit etwas Verzögerung Indien wurden zugleich Wachstumsgiganten und marktwirtschaftlich geprägt.

Aus der 1986 begonnenen und in ihren ersten vier Jahren stagnierenden „Uruguay-Runde“ des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) wurde in bloß zwei Jahren, 1992 und 1993, ein Sturmloch des Freihandels. Als GATT-Nachfolge-Organisation wurde die Welthandelsorganisation WTO gegründet, und es kamen zum erweiterten GATT-Regelwerk das GATS (General Agreement on Trade in Services), TRIPs (Trade Related Intellectual Properties) und TRIMs (Trade Related Investment Measures) hinzu, alles mächtige Abkommen, die die nationalstaatlichen Spielräume erheblich einschränkten. Gejubelt wurde hierüber vor allem auf der wirtschaftsliberalen und politisch rechten Seite, die ohnehin eine geringe Meinung vom Staat hatte und sich über jede Maßnahme freute, die dem Markt und der Wirtschaft neue Muskeln gegenüber dem Staat gab.

Für die Sozialdemokratie war die Zeit nicht einfacher als die 1980er Jahre. Der aus einer sozialdemokratischen Hamburger Familie stammende Ralf Dahrendorf verkündete, dass „das sozialdemokratische Jahrhundert“ nun zu Ende sei. Francis Fukuyama sprach gar vom „Ende der Geschichte“, nachdem die Konflikte, die vergangene Jahrhunderte geprägt hatten, mit dem Sieg der einzig wahren Ideologie, eben der demokratischen, freien Marktwirtschaft überwunden waren. Und die Sozialdemokratie hatte doch ihren Zulauf immer dem Umstand zu verdanken gehabt, dass Millionen von Menschen eben diese Marktwirtschaft als Gefahr ansahen und erlebten. Somit sah es nicht nur für Dahrendorf so aus, als sei die Sozialdemokratie nunmehr „Geschichte“ geworden.

Kapitalismus und Globalisierung

Viele haben sich während der euphorischen 1990er Jahre getäuscht. Befreit von dem Beweiszwang, dass die Marktwirtschaft dem Kommunismus auch sozial überlegen sei, streifte diese nach 1990 das soziale Gewand weitgehend ab. Die Marktwirtschaft verwandelte sich unversehens in denjenigen Kapitalismus, den frühe Sozialisten immer in ihr sahen: ein System, das die Schere zwischen Arm und Reich aufreißen lässt, wenn das dem Profit dient. Heute sagt man nicht mehr Profit, sondern Kapitalrendite und beteuert, das Kapital sei ein „scheues Reh“, das sich ganz schnell zurückzieht, wenn es gestört wird. Und Unternehmenssteuern, Vermögenssteuern, Mitbestimmung, vorsorgender Umweltschutz und eigentlich jede staatliche Regelung wird zunächst einmal als Störung angesehen.

Das ist der verteilungspolitische Kern der Globalisierung. Globalisierung ist ein Wort, welches nachweislich erst nach 1990 in den Sprachen der Welt gebräuchlich geworden ist. Die konservative Seite bemüht sich heftig, jede Kritik an dieser Globalisierung als nationalstaatliche Romantik, als Rückschritt, als Leugnung der Segnungen des Welthandels abzustempeln, um hierdurch von dem zunehmend bedrückenden Verteilungsproblem abzulenken.

Empiriker streiten sich ebenso heftig über die Frage, ob eigentlich der Abstand zwischen Arm und Reich tatsächlich aufreißt oder sich eher schließt. Das kommt ganz auf den Blickwinkel an. Wenn man den Durchschnittswohlstand Deutschlands und Chinas ansieht, schließt sich die Schere. Wenn man den Abstand zwischen Arm und Reich innerhalb Chinas oder innerhalb Deutschlands ansieht, reißt sie eindeutig auf. Zwar scheint die Zahl derer, die in absoluter Armut leben, eher abzunehmen - aber die Psychologie lehrt, dass für das Gefühl der Armut das subjektive Gefühl des Abstands zu den anderen eher schwerer wiegt als die objektive Lage.

Radikale Religionsströmungen, speziell im Islam, machen sich die neue Gerechtigkeitslücke im globalisierten Kapitalismus zunutze. Sie verschärfen aktiv den Streit und widerlegen so Fukuyamas These vom Ende des Streits. Umgekehrt ist die USA nach dem 11. September 2001 völlig auf Konfrontation bis hin zur kriegerischen Auseinandersetzung eingeschworen worden und findet erst nach dem Misserfolg bei der Befriedung des Irak langsam wieder in die Völkergemeinschaft der Friedenssuchenden zurück.

Zur verteilungspolitischen Kalamität gesellt sich die mit neuen Themen behaftete Umweltkrise. Am deutlichsten sichtbar ist heute die Klimakrise. Alle Versuche, die soziale Lage zu entschärfen, laufen auf immer mehr Wachstum hinaus. Und die heutige Form von Wachstum heizt die Atmosphäre

immer weiter auf. Neue Konfliktherde tauchen auf: Kampf um Wasser in Dürregebieten, Sorge vor Überflutung von Küstenländern, erzwungene Völkerwanderungen.

Orientierung für die Sozialdemokratie

In dieser Lage suchen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erneut Orientierung. Was ist eigentlich Fortschritt in einer Zeit, in der die Gerechtigkeit auf der Strecke bleibt und die Umwelt für die nachfolgenden Generationen versaut wird?

Wichtig scheinen mir folgende Schritte:

1. Aufklärung: Die klassische Aufklärung des 18. Jahrhunderts hatte zwei Traditionsstränge: den britischen, in welchem Adam Smith eine zentrale Rolle einnimmt, und den kontinentaleuropäischen, der eher durch Denker wie Immanuel Kant oder Jean-Jacques Rousseau gekennzeichnet ist. Beide haben sich über zwei Jahrhunderte glänzend vertragen. Adam Smiths Idee von der Freiheit durch Markt und die deutsche oder französische Idee der Freiheit durch Geist, Volkssouveränität, Demokratie und Menschenrechte ergänzten und unterstützten sich gegenseitig. Vor allem im angelsächsischen Raum herrscht die Vorstellung vor, Markt, Freiheit und Demokratie seien eigentlich das Gleiche. Während jener 200 Jahre hatte man es auch immer mit gemeinsamen Gegnern zu tun, autoritären Fürsten oder Kirchenführern, Faschisten oder Kommunisten, die allesamt Demokratie, Markt und Freiheit ablehnten und bekämpften. Erst mit dem Wegfall dieser gemeinsamen Gegnerschaft, also 1990, entstand weltweit eine Situation, wo der Markt die Demokratie zu erdrücken droht, indem er ihr Vorgaben über Steuern, Mitbestimmung, Verteilung oder Umweltschutz aufzwingt, die die demokratische Mehrheit gar nicht will. Diese neue Situation muss Gegenstand einer neuen Aufklärung werden!
2. Globale Regeln: Der Markt wirkt nur dann zum Guten, das wusste schon Adam Smith, wenn er in einem verlässlichen Regelrahmen abläuft. Wenn der Markt irreversibel weltweit ist, müssen sich die Staaten bequemen, globale Regeln zu vereinbaren. Den ganz starken Staaten, allen voran den USA, fällt dies ungemein schwer. Aber gegen eine Völkergemeinschaft, die gestärkt durch die geforderte zweite Aufklärung die moralische Notwendigkeit globaler Regeln vertritt, kann sich auch ein verstockter US-amerikanischer Kongress mit einer atavistisch gewordenen Souveränitätsauffassung nicht durchsetzen.
3. Zivilgesellschaft: Wenn der Staat den Volkswillen und die Sicherung der öffentlichen Anliegen nur noch unvollkommen gegen die Wirtschaft durchsetzen kann, weil seine Gesetze nur natio-

nale Gültigkeit haben, die Wirtschaft aber international beweglich ist, muss eine aufgeklärte Zivilgesellschaft dem Staat zu Hilfe kommen. Die Zivilgesellschaft vertritt in aller Regel öffentliche Anliegen, wenngleich oft in sehr spezieller Form wie den Vogelschutz oder die Rechte von Amateurfunkern. In der globalisierten Wirtschaft wachsen ihr neue Aufgaben von weltweit tätigen Wächtern zu, die etwa Konsumenten über Fehlverhalten bestimmter Wirtschaftsunternehmen aufklären und dadurch einen Druck erzeugen, zu welchem der Nationalstaat gar nicht berechtigt oder in der Lage wäre.

4. Nachhaltigkeit: Die umweltverachtende Wachstumsdynamik muss überwunden werden, und zwar rasch. Das ist die Lehre aus der „Stern Review“ von 2007 zur ökonomischen Seite des Klimawandels. Es wird nötig, eine Technologie und Zivilisation zu entwickeln, die den Wohlstand vom Energie- und Naturverbrauch möglichst weitgehend abkoppelt. In den Industrieländern ist es bereits gelungen, den Wohlstand von der Ausbreitung von Schadstoffen weitgehend abzukoppeln. Die Abkoppelung vom Verbrauch zumindest fossiler und nuklearer Energie ist eine wesentlich schwierigere, aber absolut lösbare Aufgabe. Nötig ist es hierfür, die Energieproduktivität sowie die erneuerbaren Energien profitabel zu machen. Eine sehr langfristig angelegte ökologische Steuerreform in Verbindung mit einem internationalen CO₂-Handelssystem mit pro Kopf gleichen Emissionsrechten scheint mir der erfolgsversprechendste Weg hierzu.

Eine Fortschrittsorientierung, die sich weiterhin auf Gerechtigkeit konzentriert und dabei die globale Gerechtigkeit und die Generationengerechtigkeit (also auch die ökologische Nachhaltigkeit) einschließt, scheint mir eine absolut glaubwürdige Orientierung für moderne Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

(Dezember 2007)

*Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (*1939) studierte Diplom-Physik an der Universität in Hamburg. 1969 promovierte er in Biologie. 1972-75 war er Professor für Biologie an der Universität Essen. In den Folgejahren war er unter anderem Direktor am UNO-Zentrum für Wissenschaft und Technologie sowie Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie. 1998-2005 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2006 ist er Dekan der Bren School of Environmental Science and Management der University of California.*